

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinstmögliche Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die bespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Amts- und Anzeigebblatt“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verleger Nr. 210.

Nr. 48.

55. Jahrgang.
Donnerstag, den 23. April

1908.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg
findet **Donnerstag, den 30. April 1908, von vormittags 1/2 12 Uhr** an im
Sitzungszimmer des Stadthauses zu Schwarzenberg statt.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,
den 15. April 1908.

Arbeiterzählung betr.

Die Zählung der Fabrikarbeiter hat in diesem Jahre am

1. Mai

zu erfolgen.

Alle Gewerbetreibenden und Unternehmer hier, denen Zählungsformulare zugestellt
worden sind, werden aufgefordert, die Formulare bis zum

5. Mai dieses Jahres

vorschriftsmäßig ausgefüllt und **reinlich** an Ratshof — Polizeiregistratur — wieder
abzugeben.

Bei Ausfüllung der Zählbogen ist folgendes genau zu beachten:

Auf jedem Zählbogen ist hinter dem Orte die Straßenbezeichnung und die Hausnum-
mer der Betriebsstätte anzugeben. Sämtliche Vornamen des Unternehmers sind mit auf-
zuführen und der Rufname ist zu unterstreichen. Die Verwendung guter Firmenstempel
ist erwünscht. Für zwei und mehr verschiedene Gewerbezweige, die auf ein und demselben
Grundstück vereinigt sind und die ein und derselben Firma gehören, ist nur ein Zählbogen
auszufüllen, dagegen sind Betriebe, die durch Grundstücke getrennt von einander liegen, aber
ein und derselben Firma gehören, bei der Zählung **auch getrennt** aufzunehmen.

Als „Jahr der Begründung des Betriebs“ ist das der Betriebserrichtung durch den
Errichter (nicht etwaigen Nachbesitzer) der Anlage an dem Betriebsorte anzugeben.

Stadtrat Eibenstock, den 15. April 1908.

Heffe.

2.

Nr. 1 des **II. Nachtrages zur Schankstättenverbotsliste** ist zu streichen.

Stadtrat Eibenstock, den 21. April 1908.

Heffe.

M. II.

Der Bericht der Wahlrechts-Deputation,

erstattet von dem Abg. Kühlmorgen (konf.), ist soeben erschienen. Der Bericht stellt ein umfangreiches Aktenstück von 43 Seiten Großfolio im Druck dar und gibt in chronologischer Reihenfolge eine Uebersicht über den Gang der Verhandlungen, aus denen interessant ist, daß gleich in der ersten Sitzung von verschiedenen Seiten der Antrag gestellt worden ist, den vertraulichen Charakter der Beratungen aufzuheben, und daß dieser Antrag im Laufe der ferneren Beratung wiederholt wurde, ohne Erfolg zu haben, bis am 17. März der Antrag Sontard-Leipzig durchging und die Aufhebung der Geheimhaltungspflicht der Deputationsmitglieder zur Folge hatte. Weiter ist von Interesse, daß ein Antrag Langhammer-Chemin Annahme fand, daß die Zweite Kammer der Ständeversammlung von 96 Abgeordneten gebildet werde. Der Paragraph 3 ist in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen worden, nach welcher die Abgeordneten wie bisher auf die Dauer von 6 Jahren gewählt und nach Ablauf dieser Frist die gesamte Kammer neu gewählt werden soll. Ein Antrag Vör-Zwickau, die Abgeordneten auf 4 Jahre zu wählen und dann die Kammer vollständig neu zu wählen, wurde abgelehnt. Der Bericht geht dann ausführlich auf die weiteren Verhandlungen ein, kommt aber trotz aller statistischen Materials zu keinem besonders tröstlichen Resultat, denn auf Seite 43 heißt es wörtlich: „Nachdem auch noch von dem Abg. Ulrich erklärt worden war, daß auch er nur für ein auf einem einheitlichen System beruhendes Wahlrecht zu haben sei, stellte der Vorsitzende Präsident Mehnert fest, daß die Beratungen nur dann zu einem gedeihlichen Ziele führen können, wenn man darauf Bedacht nehme, auf einen Kompromiß zuzukommen, für den in der Kammer eine Zweidrittelmehrheit gesichert wäre. Die Regierung verlange unbedingt eine Reserve. Nach der Aussprache sei eine Mehrheit für die Gewährung einer solchen nicht zu haben. Die Deputation sei demnach insofern am Schluß der Beratungen angelangt. Es müßten daher zur Ermöglichung der Fortsetzung der Beratungen und der Erreichung eines Zieles weitere Wege gesucht und gefunden werden.“ Die Deputationsarbeiten sind also insofern vollkommen unfruchtbar gewesen. Es bleibt nun noch abzuwarten, ob die in der Zwischenzeit geführten Verhandlungen des Ausschusses der beiden großen Fraktionen irgendwelche greifbare Resultate ergeben haben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Feier des Osterfestes war die Hohenzollern, nach einem Telegramm aus Korfu, ebenso wie ihre Boote, bis in die Mastspitzen mit frischem Grün geschmückt. Mit dem Kaiserpaar nahmen die Kronprinzessin von Griechenland und ihre Kinder an Feste der Mannschaften teil.

— Zu der bevorstehenden Umgestaltung des Strafrechts erfahren die „Verl. N. N.“ folgendes: Sowohl das formelle Strafrecht, die Strafprozeßordnung, als auch das materielle Strafrecht sind in den letzten Monaten einer Neubearbeitung in den beteiligten Ressorts unterworfen und eine erste Lesung aller Abänderungsvorschläge hat bereits stattgefunden. Es dürfte daher eine Vorlage zur Abänderung der Strafprozeßordnung bereits im kommenden Herbst dem Reichstag zugehen. Dagegen wird die Umgestaltung des materiellen Rechts erheblich längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Entwurf zur Strafprozeßordnung wird unter anderem eine Beschränkung der Verurteilung bei geringeren Straffällen bringen. Auch über den Ausschluß der Öffentlichkeit bei Verleibungsprozessen werden weitergehende Bestimmungen enthalten sein. Ferner wird auch die Frage der jugendlichen Verbrecher eine besondere Regelung erfahren.

— Politischer Zusammenschluß indu-
strieller und gewerblicher Arbeitgeber. Seit
einiger Zeit wird der Plan besprochen, eine politische Ver-

einigung von industriellen und gewerblichen Arbeitgebern ins
Leben zu rufen mit dem nächstliegenden Zwecke, durch ent-
sprechende Einwirkung auf die Wahlen eine wirkungsvollere
Vertretung der industriellen und gewerblichen Interessen in
den gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen. Zu diesem
Plane schreibt eine mit industriellen Kreisen Zählung unter-
haltende Korrespondenz: „Wir sind von zuständiger Stelle
ermächtigt worden, hier festzustellen, daß zwischen dem Träger
des die neue politische Vereinigung der Arbeitgeber betreffen-
den Gedankens und dem stellvertretenden Vorsitzenden des
Zentralverbandes deutscher Industrieller zwar vorläufige Bes-
prechungen stattgefunden haben, in denen, wie nicht anders
zu erwarten war, jener Gedanke sympathisch aufgenommen
wurde. Diese Besprechungen sind jedoch unverbindlich für
den Zentralverband deutscher Industrieller geführt worden,
dessen Organe noch keinen Anlaß und keine Gelegenheit ge-
habt haben, sich mit dem in Rede stehenden Plane zu be-
schäftigen. Das soll erst in einer Sitzung des Direktoriums
des Zentralverbandes deutscher Industrieller geschehen, die zu
Beginn des nächsten Monats stattfinden wird.“

— In dem Prozeß gegen die Berliner Wahl-
rechtsdemonstranten wurden die „Genossen“ Pasche
und Wermut zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt, die
übrigen Angeklagten zu 1 bis 4 Monaten; drei Angeklagte
wurden wegen Uebertretung zu 30, 50 bzw. 100 Mk. Geld-
strafe verurteilt. Zwei wurden freigesprochen. Dem Berliner
Polizeipräsidium wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.

— Aus vielen Teilen des Reiches werden größere
Schneefälle gemeldet.

— Berlin, 18. April. Ueber die Abreise des
Staatssekretärs des Reichskolonialamtes Dernburg nach
Südwestafrika verlautet, daß sie am 15. Mai beginnt
und etwa nach vier Monaten beendet sein wird. Man
rechnet damit, daß er im September wieder hier eintreffen
wird. Da ihm dort drei Eisenbahnen nach dem Innern zur
Verfügung stehen, so wird ihm eine nähere Betrachtung des
Schutzgebietes in seinen verschiedenen Teilen viel leichter und
schneller möglich sein, wie dies in Ostafrika der Fall war.
In der Begleitung des Staatssekretärs werden sich nur amtliche
Personen befinden. Sonstige Personen, wie Industrielle
oder Vertreter von Zeitungen sind gänzlich ausgeschlossen.

— München, 22. April. Das bayerische Kultusmini-
sterium hat die von den bayerischen Feuerbestattungsvereinen
beantragte Zulassung der Feuerbestattung im König-
reich Bayern erneut abgelehnt.

— Gold in Deutsch-Neuguinea. Wie ein
Kabelgramm aus Sydney meldet, wird dem Sydney Mor-
ning Herald aus Derbyshire geschrieben: Der von einer
Forschungsexpedition in Deutsch-Guinea zurückgekehrte Gouverneur
habe am Hertulesflusse ein von 18 englischen Goldsuchern
aus Papua erfolgreich bearbeitetes Goldfeld gefunden und
den Leuten nach Entrichtung der Schürfgeld das Verbleiben
gestattet. Man habe längst vermutet, daß ein Teil der Pa-
puaner Goldausfuhr aus dem deutschen Gebietsanteil stamme.

— Oesterreich-Ungarn. Im Kampfe um die
Gerichtssprache in Böhmen ist nun auch das Kreis-
gericht Brüx dem Standpunkte des Egerer Kreisgerichts durch
eine Entscheidung beigetreten. Eine tschechische Eingabe eines
Prager Rechtsanwaltes an das Bezirksgericht in Raden wurde
von letzterem mit dem Hinweis auf die deutsche Amtssprache
bei diesem Gerichte abgewiesen. Die gegen diese Entscheidung
an das Kreisgericht in Brüx erhobene Beschwerde wurde von
diesem mit dem Bedeuten abgelehnt, daß im Brüxer Kreis-
gerichtsbezirk allein die deutsche Sprache landesüblich sei.
Damit hat sich auch dieses Kreisgericht ein für allemal auf
den Standpunkt gestellt, daß die von den Deutschen ange-
forderten Stremagerechen Sprachverordnungen, die in ganz
Böhmen die doppeltsprachige Amtsführung vorsehen, als un-
gültig anzusehen seien.

— Die österreichisch-ungarischen Diffe-
renzen in Heeresfragen beginnen in großer Schärfe
wieder aufzuleben. Die Wiener „Neue Freie Presse“ meldet:

Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen versichert wird, hält
Freiherr von Lehrenthal an den Zusicherungen, die er in der
österreichischen Delegation erteilt hat, unbedingt fest und ist
sich der möglichen Konsequenzen seines Mißerfolges vollkom-
men bewußt. Er vertritt den Standpunkt, daß die Dele-
gationsession im Mai abzuhalten, die Erhöhung der Offi-
ziersgagen nötig und diese Frage nicht als politische zu
betrachten sei, und daß sie daher nicht mit nationalen Zuge-
ständnissen in militärischen Fragen zu verquickeln sei.

— Rußland. In Jalta ist der ehemalige russische
Botschafter in Berlin Graf Paul Schuwalow ge-
storben; er hat ein Alter von 78 Jahren erreicht. Ein
tüchtiger Soldat und ein hervorragender Diplomat, der auch
persönlich in Berlin große Wertschätzung genoss, ist mit ihm
dahingegangen. Graf Paul Schuwalow bekleidete den Ber-
liner Botschafterposten etwa 10 Jahre lang bis Anfang 1895,
hat aber auch nach seinem Weggange herzliche Beziehungen
zur Berliner Hofgesellschaft unterhalten.

— Italien. Die Botschaft hatte der italienischen Bot-
schaft in einer Note vom 13. d. Mts. mitgeteilt, daß sie die
Neuerichtung von italienischen Postan-
stalten in der Türkei nicht gestatten werde. In
der Note heißt es weiter, daß die Botschaft bestimmte Befehle
erteilt habe, die Eröffnung italienischer Postämter zu ver-
hindern. Inzwischen ist die italienische Botschaft benach-
richtigt worden, daß diese Befehle dahin gehen, neueröffnete
italienische Postanstalten durch Truppenabteilungen bewachen
zu lassen, um den Zutritt des Publikums mit Gewalt zu
verhindern. Dergu bemerkt, wie der Draht aus Rom meldet,
eine Note der Agenzia Stefani: „Die italienische Regierung
ist gegenüber dieser schweren und ungerechtfertigten Provo-
kation entschlossen, ihr Ansehen und ihre Rechte energisch zu
wahren und hat Befehl gegeben, daß drei Flotten-
divisionen in die türkischen Gewässer ab-
gehen und sich für jede Eventualität bereit halten sollen.
Das Ziel, das sich die italienische Regierung bei ihrer Zwangs-
maßregel steckt, ist klar und genau umschrieben. Schutz der
italienischen Rechte in ganz bestimmten Fragen. Vollkommen
phantastisch sind die Gerüchte, welche die Nachricht von der
Mobilisierung des Geschwaders entstehen ließ, daß nämlich
Italien daran denke, sich irgend einer türkischen Provinz zu
bemächtigen. Die Politik Italiens ist keine Politik der
Abenteuer, sondern eine Politik der Notwehr. Dieser
Charakter sichert ihr die Sympathie aller Mächte.“ —
Der Konflikt hat bereits seine, beide Teile befriedigende Lösung
gefunden, indem der Botschafter der Türkei in Rom dem
Minister des Auswärtigen im Namen des Sultans erklärte,
der Eröffnung von Postämtern nur in den fünf angegebenen
Städten, in denen bereits Postämter der anderen Mächte sich
befänden, stünde nichts im Wege. Von erworbenen Sonder-
rechten könne keine Rede sein. Der Sultan hege zum König
von Italien das Gefühl aufrichtiger Freundschaft. Der ita-
lienische Minister erklärte sich von dieser Mitteilung befriedigt,
bemerkte jedoch, daß, wenn die Freundschaft zwischen beiden
Souveränen fort dauern solle, die Organe der türkischen Re-
gierung den italienischen Untertanen nicht länger Knüttel
zwischen die Beine werfen dürften. — Eine weitere Note
befagt, daß die italienische Flottendivision Befehl erhalten hat,
in Suba Halt zu machen, und daß die Beamten, welche mit
der Organisation der neuen italienischen Postämter in tür-
kischen Städten betraut worden sind, bereits nach ihren Amts-
orten abgereist sind.

— England. Wie das „Echo de Paris“ aus London
meldet, wird König Edward im kommenden Frühjahr eine
Begegnung mit dem Zaren Nikolaus haben; wenigstens spricht man davon in politischen Kreisen Londons
mit großer Ueberzeugung.

— Amerika. Die Bundesregierung hat aus La Gu-
eyra private Nachrichten erhalten, nach denen in ganz Vene-
zuela die Pest herrscht. Die Hospitäler sind voll von
sterbenden Patienten, die mit Wunden bedeckt sind. Man
weiß nicht, ob es sich um einen Ausbruch von Beulenpest